



HESSISCHER LANDTAG

09. 08. 2013

*Dem
Innenausschuss
überwiesen*

Dringlicher Berichts Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien II

Die Landesregierung hat am 12. Juni 2013 einen Dringlichen Berichts Antrag (18/7442) unserer Fraktion zum Thema Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien beantwortet. Aus der Beantwortung geht hervor, dass die Landesregierung im Kern die Analyse des Positionspapiers des Deutschen Städte tags "Zu den Fragen der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien" teilt. Hinsichtlich der dort erhobenen Forderungen zur "Problemlösung" jedoch für eine differenzierte Betrachtungsweise plädiert und zunächst eine Offenlegung der relevanten Faktoren für erforderlich hält.

Die Landesregierung wird ersucht, im Innenausschuss über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung bisher ergriffen, um die vielfältigen Herausforderungen der Integration zugewanderter Menschen aus Bulgarien und Rumänien zu bewältigen?
 - a) Im Hinblick auf die Verbesserung der Sprachkenntnisse?
 - b) Im Hinblick auf unterschiedliche kulturelle Hintergründe?
 - c) Im Hinblick auf prekäre Lebens- und Wohnverhältnisse?
2. Welche konkreten Maßnahmen wurden mit den besonders stark von Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien betroffenen Kommunen vereinbart und wie sieht der konkrete Beitrag des Landes aus?
3. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um den Bund und die EU für eine Unterstützung der besonders stark von Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien betroffenen Kommunen zu bewegen?
4. Wie viele Fälle welcher Art des Missbrauchs der Freizügigkeit hat die Landesregierung in Hessen in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011, 2012 festgestellt (vgl. S. 2 Antwort zu Dringlichen Berichts Antrags mit der Drs.-Nr. 18/7442)?
5. Wie hat sich der Anteil von Schülerinnen und Schülern bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit an hessischen Schulen in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011, 2012 entwickelt (Aufschlüsselung bitte nach Schulämtern)?
6. Wie hat sich der Anteil von Schülerinnen und Schülern bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit in hessischen Ganztagschulen in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011, 2012 entwickelt (Aufschlüsselung bitte nach Schulämtern)?
7. Hat die Landesregierung konkrete Maßnahmen zum Umgang mit Schülerinnen und Schülern bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit ergriffen, etwa die Bereitstellung spezifisch qualifizierter Lehrkräfte?
8. Wie hat sich die Zahl der erwachsenen Migrantinnen und Migranten aus Bulgarien und Rumänien entwickelt, die an Maßnahmen zur Sprachförderung teilnehmen, die in Hessen angeboten werden (bitte aufgeschlüsselt nach jeweiligen Maßnahmen in den Jahren 2008 bis 2012)?

9. Wie viele minderjährige Menschen aus Bulgarien und Rumänien haben an den in der Antwort auf Frage 8 des Dringlichen Berichtsantrags mit der Drucksachen-Nr. 18/7442 aufgelisteten Maßnahmen jeweils teilgenommen?
- Freiwillige, kostenlose zwölfmonatige Vorlaufkurse?
 - Verpflichtende schulische Sprachkurse oder verpflichtender Besuch einer Vorklasse?
 - Intensivklassen/Intensivkurse für Neuankömmlinge (Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger)?
 - Alphabetisierungskurse?
 - Deutsch-Förderkurse?
 - Deutsch & PC?
10. Welche zusätzlichen Maßnahmen zur Unterstützung der Kommunen sind von der Landesregierung geplant, wenn durch den Wegfall der Freizügigkeitsbeschränkungen für Bulgarien und Rumänien zum 1. Januar 2014 mit einer weitergehenden Zuwanderung nach Deutschland gerechnet wird?
11. Gibt es Programme oder sind Programme geplant, die diese Menschen aus Bulgarien und Rumänien bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen, da ja eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt angesichts des demografischen Wandels gewünscht und gefördert wird?
Wenn ja, welche?
12. Welche Maßnahmen wird das angekündigte Landesprogramm "WIR Wegweisende Integrationsansätze Realisieren" umsetzen und wie viel Geld wird dieses Programm zur Verfügung stellen?
13. Was
- hat die Landesregierung bereits unternommen und
 - plant die Landesregierung konkret,
um die Schaffung von einheitlichen rechtlichen Rahmenbedingungen für die Gewerbeanmeldung durch Zuwanderer zu realisieren (vgl. Antwort zu Frage 1 des Dringlichen Berichtsantrags 18/7442)?

Wiesbaden, 8. Juli 2013

Der Parl. Geschäftsführer:
Mathias Wagner (Taunus)